Stadt Liestal
Einwohnerrat

Protokoll der 3. Sitzung des Einwohnerrates

vom 29. Oktober 2008, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Michael Bischof, Claudia Roche

Traktanden	**Laufnummer**
1. Dringliche Interpellation von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend „Aus Grünabfuhr wird Bio-Power“ *Erledigt.*	2008/25
2. Dringliche Interpellation von Astrid Basler namens der Grünen Fraktion betreffend Grüngut an Bio-Power Pratteln *Erledigt.*	2008/20
3. Wahlbüro - Nachwahl für die Amtsperiode vom 01.07.2008 - 30.06.2012 *://: Vorgeschlagene Personen gemäss Vorlage gewählt.*	2008/4a
4. Wahl der Sozialhilfebehörde Liestal für die Amtsperiode 2009-2012 *://: Vorgeschlagene Personen gemäss Vorlage gewählt.*	2008/11
5. Bericht der Finanzkommission betreffend Festlegung der Sitzungsentschädigung von Einwohnerrat und Einwohnerrats-Kommissionen für die Legislaturperiode 2008 - 2012 *://: Antrag der Fiko genehmigt.*	2008/9
6. Bericht des Stadtrats betreffend Postplatz, Neugestaltung: Projekt- und Kreditgenehmigung *://: An die BPK überwiesen.*	2008/17
7. Berichte des Stadtrats und der Bau- und Planungskommission betreffend Quartierplan Bahnhofareal 2 (2. Lesung) *://: Quartierplan genehmigt.* *://: Zusatzantrag der BPK genehmigt.*	2007/180 2007/180a
8. Berichte des Stadtrats und der Bau- und Planungskommission betreffend Schulanlage Fraumatt - Zusatzkosten für Erdbebensicherheit, Asbestsanierung und neue Parkplätze *://: Nachtragskredit für Erdbebensicherheit und Asbestsanierung genehmigt.* *://: Nachtragskredit für Parkplatz mit Zusatzbedingungen der BPK genehmigt.*	2008/6 2008/6a
9. Berichte des Stadtrats und der Spezialkommission familienergänzende Tagesstrukturen zur Einführung familienergänzender Tagesstrukturen an den Schulen Liestal *Vertagt.*	2005/62 2005/62a 2005/62b

10.	Bericht des Stadtrats betreffend Auditierung Soziale Dienste *://: Bericht über die Auditierung Soziale Dienste an die GPK überwiesen.*	2008/16
11.	Bericht des Stadtrats zum Postulat von Erika Eichenberger und Corinne Ruesch im Namen der Grünen Fraktion betreffend Schaffung einer Stelle einer/eines Jugendbeauftragten *://: An den Stadtrat zurückgewiesen.*	2007/154 2007/154a
12.	Bericht des Stadtrats zum Postulat von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion betreffend langfristige Ausrichtung der Stadtpolizei Liestal - Freigabe Budget 2008 *://: An den Stadtrat zurückgewiesen.*	2008/194 2008/194a
13.	Bericht des Stadtrats betreffend Erneuerung Darlehensvertrag zwischen der Stadt Liestal und der Parkhaus Bücheli AG *://: Genehmigt.*	2008/14
14.	Bericht des Stadtrats betreffend Freigabe des Kredits für den Ersatz eines Lastwagens *://: Kredit von CHF 240'000.- für neuen Lastwagen genehmigt.* *://: Anschaffung eines Lastwagens der Firma MAN genehmigt.*	2008/18
15.	Schriftliche Antwort des Stadtrats auf die Interpellation von Peter Furrer namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion zum Ausbau des Mobilfunknetzes *Vertagt.*	2008/8
16.	Fragestunde	

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Oktober-Einwohnerratssitzung.

Protokoll der ER-Sitzung vom 20. August 2008
://: Das Protokoll wird mit folgender Änderung genehmigt:

Traktandum Fragestunde, 6. Frage auf Seite 42 oben: Der Name des Fragestellers und die Frage werden gestrichen, stattdessen heisst es: *„entfällt."*

Mitteilungen des Ratsbüros

- Die schriftliche Antwort des Stadtrats auf die Interpellation von Peter Furrer namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion zum Ausbau des Mobilfunknetzes ist verteilt worden und liegt an jedem Platz.
- Ebenso haben alle den Terminplan 2009 für die Einwohnerrats-Sitzungen vor sich. Das Büro hat zwei Eventualtermine eingeplant, in der Überzeugung, dass es einfacher ist, Termine zu streichen als neue zu finden.
- Das Büro hat den Entwicklungsplan 2009-2013 an die Finanzkommission und die Bau- und Planungskommission überwiesen.
- Der Einwohnerrat hat im Sommer Liestals Partnerstadt Waldkirch besucht und eine Spende für die Erhaltung der Burg überreicht. Dazu ist ein Dankesschreiben aus Waldkirch eingetroffen.

Als **Stimmenzähler/innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- Meret Kaufmann	Seite FDP
- Elisabeth Augstburger	Seite SP, Grüne
- Vreni Wunderlin	Mitte, Büro

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Beschaffung (Nr. 2008/12);
- Interpellation von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend „Pädagogische Hochschule gehört nach Liestal" (Nr. 2008/19);
- Dringliche Interpellation von Astrid Basler namens der Grünen Fraktion betreffend Grüngut an Biopower Pratteln (Nr. 2008/20);
- Interpellation von Astrid Basler, Grüne, betreffend Parkplätze unmittelbar vor dem Stedtli (Nr. 2008/21);
- Interpellation von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend Strukturwandel in der Liestaler Altstadt und zur zusätzlichen Aufwertung als attraktives Wohnquartier, was wiederum Kunden bringt (Nr. 2008/22);
- Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend Erhöhung der Strompreise per 1. Oktober 2007 und Januar 2009 (Nr. 2008/23);
- Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend neues Buskonzept (Nr. 2008/24);
- Dringliche Interpellation von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend „Aus Grünabfuhr wird Bio-Power" (Nr. 2008/25);
- Postulat von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen an der Kasernenstrasse (als Notlösung während der Bauzeit) (Nr. 2008/26);

- Postulat von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend Standreglement (Nr. 2008/27);
- Motion von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion betreffend Mittelfristige Sicherstellung des Personalbestandes der Stützpunktfeuerwehr Liestal und Gründung einer Jugendfeuerwehr (Nr. 2008/27);
- Motion von Michael Bischof, FDP Liestal, betreffend Gegenverkehr auf dem Wasserturmplatz (Nr. 2008/29);
- Dringliche Motion von Markus Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend „Aus Grünabfuhr wird Biopower“ (Nr. 2008/30).

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert, der Beginn des Neubaus der Kantonalbank sei für das zweite Semester 2009 geplant. In enger Zusammenarbeit mit den städtischen Behörden seien verschiedene Optimierungsmöglichkeiten diskutiert worden, die in die Planung einfliessen würden. Voraussichtlich werde der Bau Anfang 2012 bezogen. Das Gebäude sei Teil des Quartierplans Bahnhof 1. Mit dem Neubau stünden auch andere Bauten in Zusammenhang wie die neue Brücke über die Oristalstrasse, der neue Bushof und die Gestaltung des Emma Herwegh-Platzes. Aufgrund der veränderten Verkehrsführung während der Bauzeit müsse die Kantonalbank Bäume am Soodweg fällen lassen; nach Bauabschluss würden aber wieder Bäume gepflanzt.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin teilt mit, in der Kernzone werde das Parkieren ab 01. Dezember 2008 für die erste Stunde gebührenfrei. Damit werde das Anliegen der Motion Nr. 2007/173a von Bernhard Fröhlich und Hanspeter Meyer umgesetzt. Neu betrage die erlaubte Parkierungszeit in der Kernzone zwei Stunden. Der Stadtrat sei überzeugt, damit fristgemäss an das Weihnachtsgeschäft einen Beitrag zu leisten.
- Stadtrat Peter Rohrbach äussert, er werde kurz den Entwicklungsplan 2009-2013 erläutern, den die Fiko und die BPK derzeit vorberaten würden. Der finanzielle Spielraum Liestals sei enger geworden. Die Selbstfinanzierung erreiche nicht mehr die angestrebten TCHF 4000.-, was eine klare Prioritätensetzung erfordere. Es gehe jedes Jahr um die Balance zwischen den vier Grössen Infrastruktur, Schuldenabbau, Steuern und Gebühren sowie Dienstleistungen. Der Finanzierungsüberschuss diene dem Schuldenabbau. Die qualitativen strategischen Zielsetzungen blieben unverändert: Zu fördern seien die Attraktivität von Liestal als Wohn- und Arbeitsort, die Altstadt als Einkaufszentrum, Wohn- und Begegnungsort und die Bildung; die ausgewogene Finanzpolitik sei weiterzuführen und einer pro-aktive Sozialpolitik solle Betroffenen helfen, positive Perspektiven zu entwickeln. Die Stadt bleibe beim Betrag von CHF 2,5 Mio. pro Jahr für Netto-Investitionen und verhalte sich beim Schuldenabbau flexibler; der Schuldenabbau pro Jahr solle gemäss dem neuen Entwicklungsplan CHF 1,3 bis 1,4 Mio. betragen. Liestal gehöre zu den wohlhabenden Gemeinden des Kantons, sei jedoch im Steuerfuss führend. Es liege in der Verantwortung des Stadt- und Einwohnerrates, das vorhandene Geld richtig auszugeben. Wichtige kommende Themen seien der neue Finanzausgleich, die kantonalen Schulanlagen, der Standort Liestal, Bürgergemeinde und Baurechtszinse, die Feuerwehr sowie Sicherheit und Polizei.

Traktandenliste

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) teilt mit, das Traktandum Nr. 9 (Einführung familienergänzender Tagesstrukturen an den Schulen Liestal) werde auf Wunsch der Spezialkommission familienergänzende Tagesstrukturen von der Traktandenliste genommen. Es seien rechtliche Fragen aufgetaucht, die zuerst abgeklärt werden müssten. Stadtrat Peter Rohrbach habe darum gebeten, das Traktandum Nr. 13 (Erneuerung Darlehensvertrag zwischen

der Stadt Liestal und der Parkhaus Bücheli AG) heute zu behandeln. Er schlage deshalb vor, dieses Traktandum direkt nach der Fragestunde einzuschieben, die wie immer nach der Pause abgehalten werde. Im Weiteren lägen drei dringliche Vorstösse vor, zwei Interpellationen und eine Motion. Bei allen gehe es um die Grünabfuhr. Er mache beliebt, der Dringlichkeit der beiden Interpellationen zuzustimmen, damit Stadträtin Marion Schafroth die Informationen zu diesem Thema gleich weitergeben könne. Er empfehle aber, die dringliche Motion für nicht dringlich zu erklären; dann komme sie das nächste Mal auf die Traktandenliste und man könne ihren Inhalt zuerst in den Fraktionen diskutieren. Er bitte nun um die Begründungen der Dringlichkeit.

Astrid Basler (GL) betont, sie bitte den Einwohnerrat, der Dringlichkeit ihrer Interpellation namens der Grünen Fraktion betreffend Grüngut an Bio-Power Pratteln zuzustimmen. Leider habe es keine Einwohnerrats-Vorlage zu diesem Thema gegeben. Die Bevölkerung sei zu wenig in die Sache einbezogen worden, deshalb erachte sie die Beantwortung der Fragen als dringlich.

Vreni Wunderlin (FDP) fügt hinzu, die Einführung der neuen Regeln für die Grünabfuhr sei auf den 01.01.2009 angekündigt. Sie finde es wichtig, die Sache zu überdenken, und wolle deshalb ihre Interpellation namens der FDP-Fraktion betreffend „Aus Grünabfuhr wird Bio-Power“ rasch beantwortet haben.

Markus Meyer (SVP) äussert, er habe Gedanken, wie sie bereits geäussert worden seien. Er sei aber damit einverstanden, seine dringliche Motion namens der SVP-Fraktion betreffend „Aus Grünabfuhr wird Biopower“ in eine Motion umzuwandeln.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) sagt, er danke dafür. Dann werde der Rat nur über die Dringlichkeit der beiden Interpellationen abstimmen. Um der Dringlichkeit stattgeben zu können, sei eine Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig.

://: Der Dringlichkeit der beiden dringlichen Interpellationen Nr. 2008/20 und Nr. 2008/25 wird einstimmig zugestimmt.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) hält fest, er setze die beiden dringlichen Interpellationen an den Anfang der Traktandenliste.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) stellt fest, der schriftliche Bericht zu seiner Interpellation namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Ausbau des Mobilfunknetzes sei erst heute ausgeteilt worden. Er beantrage, dieses Traktandum zu verschieben, damit die Fraktionen die Antwort auf die Interpellation diskutieren könnten.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) erwidert, wie er feststelle, habe niemand etwas gegen diese Verschiebung einzuwenden.

23 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

1. Antwort des Stadtrats auf die dringliche Interpellation von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend „Aus Grünabfuhr wird Bio-Power“ (Nr. 2008/25)

Die dringliche Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Dringliche Interpellation betreffend „Aus Grünabfuhr wird Bio-Power“

Die EinwohnerInnen sind zum Teil mit der neuen Einrichtung der neuen Grünabfuhr-Gebühr überfordert. Bis jetzt galt das Verursacherprinzip. Es wurden Kompostlehrgänge durchgeführt und ein Häckseldienst organisiert, um wenig Grünabfall zu verursachen. Bezahlt wurde nur bei Bedarf. Jetzt neu wird der Preis pro Jahr auf Fr. 140.00 als Minimum festgelegt. Für Haushalte mit wenig Grünabfuhr oder Kompost eine massive Preissteigerung. Es wird von versteckter Steuererhöhung gesprochen.

Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

- Mich interessiert der Grund für den Verzicht auf das Verursacherprinzip. Dem Stadtrat war das Verursacherprinzip bisher immer wichtig bei Abfallfragen.
- War die rasche Umstellung auf Bio-Power eine Bedingung, um das Label Energiestadt zu erhalten?
- Gab es keine Alternativen bei der Kostenberechnung? Können grosse Gebinde auch umgetauscht werden, um deren Inhalt der wöchentlichen Leerung anzupassen?
- Welche zusätzlichen Einnahmen ergeben sich für die Stadt und gibt es Aufwendungen, die die Stadt dadurch zusätzlich hat? Wenn ja, welche?
- Der Stadtrat hat die Abfall-Kommission aufgelöst, warum? Der Einbezug der Bevölkerungsmeinung wäre hier sicher wichtig.

Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen.

Vreni Wunderlin-Friedli
FDP Liestal
Oktober 2008

Stadträtin Marion Schafroth bedankt sich für die Umwandlung der dringlichen Motion in eine Motion. So könne sie jetzt einerseits Fragen beantworten und andererseits bestünde für die Einwohnerräte Zeit, bis dahin weitere Abklärungen vorzunehmen. In der dringlichen Interpellation von Vreni Wunderlin stehe der Satz: „Es wird von versteckter Steuererhöhung gesprochen.“ Von einer versteckten Steuererhöhung könne man aber nicht sprechen, sondern es gehe um eine Gebührenerhöhung mit dem Ziel, im Grüngutbereich die Ausgaben mit den Einnahmen zu decken. Diesen Schritt habe man gleichzeitig mit dem Systemwechsel von Kompostierung zu Vergärung tun wollen. Liestal werde durch die Änderung insgesamt nicht reicher.

Stadträtin Marion Schafroth beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Gemäss dem Verursacherprinzip würden diejenigen zahlen, die Grüngut abführten. Da die Stadt pro Volumen und nicht pro Kilo sammle, aber bei Biopower nach Gewicht zahle, sei es schwierig, dieses Prinzip eins zu eins einzuhalten. Es solle neu nur noch Jahresvignetten geben. Es handle sich zwar um eine Abweichung vom strengen Verursacher-

prinzip, aber nicht um eine völlige Abweichung von diesem Prinzip, denn trotzdem zahle derjenige, der viel entsorge, mehr als derjenige, der wenig entsorge.

2. Die Umstellung auf Vergärung sei keine Bedingung, um das Label Energiestadt zu erhalten. Eine Gemeinde, die Grüngut vergäre, erhalte dafür vier Energiestadtpunkte.
3. Die Entsorgungskosten und somit die Kostenberechnung seien gegeben. Für den Kostenverteiler - die Art der Gebührenerhebung - kämen durchaus verschiedene Möglichkeiten in Frage. Der Stadtrat habe hier klar einen Ermessensentscheid gefällt. Aufgrund der Reaktionen habe die Stadt entschieden, dass alle, die ihre Container wechseln wollten, dies gratis im Werkhof tun könnten, und zwar von klein zu gross wie auch von gross zu klein.
4. Durch die Umstellung auf das Vergären entstehe mehr Aufwand. Pro Tonne, die die Stadt nach Pratteln liefere, zahle sie neu CHF 110.-; dies seien CHF 30.- mehr als bisher. Insgesamt ergäben sich rund CHF 22'000.- Mehrkosten pro Jahr, also eine Verdoppelung des jetzt bestehenden Grüngutdefizits. Das Ziel der Änderung der Gebühren sei die Deckung des Aufwands.
5. Die Abfallkommission habe seit längerem keine grundsätzlichen Entscheide zu fällen gehabt. Dass die Stadt eine Umstellung plane, sei bekannt gewesen. Nach allen Abwägungen zwischen dem finanziellen und dem ökologischen Aspekt habe sich der Stadtrat fürs Vergären etschlossen. Diesen Entscheid habe er schon vor drei Jahren gefällt. Er habe die langfristigen Verträge mit der Kompostierungsanlage auflösen müssen. Es liege in der Kompetenz des Stadtrats, Gebühren festzulegen. Dies geschehe nicht willkürlich, sondern nach vernünftigen Kriterien. Die Abfallkommission habe selbst festgestellt, dass sie derzeit keine wichtigen Aufgaben habe und deshalb pausieren könne. Die Kommission lasse sich bei Bedarf wieder einsetzen.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) hält fest, die Diskussion zu diesen Antworten werde nach der Beantwortung der nächsten dringlichen Interpellation geführt.

24 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

2. Dringliche Interpellation von Astrid Basler namens der Grünen Fraktion betreffend Grüngut an Bio-Power Pratteln (Nr. 2008/20)

Die dringliche Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Dringende Interpellation betreffend Grüngut an Biopower Pratteln

Ab 1. Januar 2009 wird Liestal das Grüngut an die Biopower in Pratteln liefern. Dort wird es vergärt und kompostiert. Neu ist, dass alle Küchenabfälle, auch Essensreste, in den grünen Kompost-Behälter geschüttet werden. Dies könnte zu vermehrten Geruchsbelästigungen in den Quartieren führen, welche auch Ratten und Füchse anlocken.
Bis jetzt war der Anreiz für kleine Haushalte da, Grünzeug zu sammeln und dies monatlich der Grünabfuhr mitzugeben. Doch zukünftig soll dies nur noch mit einem 140 l- (anstatt 80 l-) Behälter möglich sein. Der Anreiz, Grünabfall zu trennen, ist für diese kleinen Haushalte nicht mehr da. Die Entsorgung im normalen Kehricht ist einfacher und viel billiger.
Ich hätte erwartet, dass der Einwohnerrat mit einer Vorlage über dieses Geschäft orientiert worden wäre. Nun stelle ich fest, dass man dies im Stadtrat einfach entschieden hat, auch ohne eine Kommission im Hintergrund. Dies löst bei der Bevölkerung Ärger und Unmut aus.
Ich bitte den Stadtrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Verteilt die Gemeinde vor der neuen Einführung der neuen Abfallentsorgung auch kompostierbare Beutel zum Ausprobieren, wie das Riehen und Bettingen tun, um die Geruchsbelästigungen zu vermeiden?
2. Welche einfachen Lösungen könnte die Gemeinde anbieten, so dass auch Kleinhaushalte weiterhin nicht auf ihre Grün-Abfalltrennung verzichten wollen?
3. Wäre es denkbar, dass man kleinere Container mit Grünabfall monatlich bei einer Sammelstelle in Liestal entleeren könnte?
4. Was für Vorteile gegenüber der jetzigen Kompostierung im Oristal hat diese neue Entsorgung für Liestal?
5. Ist der Stadtrat bereit, eine Abfallkommission neu ins Leben zu rufen, um die Bevölkerung bei zukünftigen wichtigen Entscheiden miteinzubeziehen?
6. Was passiert mit der Anlage Buchhalden im Oristal?
7. Sind die Verträge unterschrieben und einsehbar?
8. Werden die Aufwendungen für die Gemeinde mit Biopower teurer? Könnten die Gebühren in den nächsten Jahren ansteigen?

Astrid Basler-Beugger
Grüne Fraktion
25. Oktober 2008

Stadträtin Marion Schafroth beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Von sich aus mache die Stadt das nicht. Sie halte das für teuer und unnötig. Sie könne aber die Bezugsquellen für solche Beutel angeben.
2. Die Stadt habe vor, flächendeckend so genannte Bioklappen aufzustellen, wo man Säckchen einwerfen könne. Dies werde gebührenpflichtig sein. Man wolle dies erst in einigen Jahren tun, als nächsten Schritt. Wenn gewünscht, lasse sich dies auch früher realisieren.
3. Siehe Antwort zur Frage Nr. 2.

4. Der Vorteil sei die zusätzliche Energiegewinnung aus der Vergärung. Liestal schlage daraus keinen Profit. Die Firma Biopower verkaufe diese Energie.
5. Der Stadtrat sei dazu bereit, wenn neue wichtige Entscheide anstünden. Wenn diese Gebührenänderung nicht durchkomme, werde das nächste Projekt via Kommission aufgegleist.
6. Seltisberg und Füllinsdorf würden diese Anlage weiter benützen.
7. Die Verträge seien einsehbar. Es handle sich um einen Abnahmevertrag mit der Firma Biopower, der die Zusicherung für einen fixen Preis für drei Jahre beinhalte.
8. Die Stadt Liestal zahle CHF 30.- mehr pro Tonne Grüngut als bisher. Eine Gebührenerhöhung sei erst nach drei Jahren möglich.

Astrid Basler (GL) stellt fest, sie sei von den Informationen ein wenig erschlagen. Sie hätte sich eine Einwohnerrats-Vorlage zum Thema gewünscht. Die Antworten nehme sie mit in die Fraktion. Sie wünsche die Diskussion.

Vreni Wunderlin (FDP) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen, zeigt sich teilweise davon befriedigt und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Vreni Wunderlin (FDP) betont, es sei wichtig, die ganze Problematik noch einmal genau anzuschauen. Für kleine Haushalte solle die Stadt kleine Container zur Verfügung stellen.

Nils Henn (FDP) meint, die neue Bewirtschaftung weise mehrere Vorteile auf. Man könne alle Abfälle aus der Küche zum Grüngut geben. Das Gas, das bei der Kompostierung anfalle, werde gefangen und gehe nicht in die Atmosphäre. Methangas wirke ja als Treibhausgas.

Peter Küng (SP) legt dar, er sei Kleinstproduzent von Grüngut. Ab nächstem Jahr würde er viel mehr als bisher für das Kompostieren bezahlen müssen. Aus ökonomischen Gründen liege für ihn nahe, den Grünabfall künftig in den schwarzen Kehrichtsack zu werfen. Er frage sich, ob das die Absicht sei. Ihn interessiere auch, wieviele Lastwagenkilometer mehr es brauche, um nach Pratteln statt ins Oristal zu fahren.

Corinne Ruesch (GL) fügt hinzu, sie interessiere es auch, ob die neue Grüngutbewirtschaftung unter dem Strich wirklich ökologischer sei und ob man dazu Berechnungen angestellt habe. In Basel-Stadt beispielsweise werde das dezentrale Kompostieren gefördert.

Jürg Holinger (GL) sagt, er schliesse sich diesem Votum an. Es wäre sinnvoll, bei der Beantwortung der Motion von Markus Meyer eine Ökobilanz vorzulegen.

Ernst Burkhardt (SP) führt aus, er rede stellvertretend für Nachbarn, die am Verzweifeln seien. Sie seien bestrebt, ökologisch zu handeln. Jetzt sollten sie auf einmal grosse Container hinstellen. Für ältere Personen sei das fast unmöglich. Es bestehe ein Missverhältnis zwischen den vorgesehenen grossen Containern und der geringen Abfallproduktion von Kleinstverbrauchern. Es halte es für einen fundamentalen Mangel, dass der Stadtrat zu diesem Thema nicht verschiedene Optionen unterbreitet habe.

Stadträtin Marion Schafroth teilt mit, sie werde gerne alle Fragen beantworten. Sie werde den Fraktionspräsidenten die Stadtratvorlagen betreffend Grünabfuhr/Vergärung zur Vorbereitung für die Behandlung der angekündigten Motion zustellen und sei auf Anfrage auch bereit, den Fraktionen mündlich Auskünfte zu erteilen. Der für eine gewisse Nutzergruppe massive Aufschlag beruhe auch darauf, dass das Grüngut schon vorher ein Defizit verursacht habe; mit der Änderung werde nicht nur der Mehraufwand, sondern auch dieses Defizit abgedeckt.

Somit sind die dringlichen Interpellationen Nr. 2008/20 und 2008/25 erledigt.

25 A.1.4.3. Wahlen: Gemeinde und Kreis

3. Wahlbüro - Nachwahl für die Amtsperiode vom 01.07.2008 - 30.06.2012 (Nr. 2008/4a)

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage folgendermassen:

Der Einwohnerrat hat an der Sitzung vom 20.08.2008 in globo 25 vorgeschlagene Mitglieder (14 Kandidatinnen und Kandidaten gemäss Vorschlägen der Parteien sowie elf Vorgeschlagene des Stadtrates) für die Amtsperiode 2008-2012 ins Wahlbüro gewählt.
Nach einer erfolglosen ersten Ausschreibung wurde im Liestal aktuell vom 28.08.2008 nochmals für neue Wahlbüromitglieder geworben. Das Wahlbüropräsidium und der Stadtrat schlagen dem Einwohnerrat von 20 eingegangenen Bewerbungen die noch fehlenden neun Kandidatinnen und Kandidaten zur Komplettierung des Wahlbüros zur Wahl vor.
Auch die SVP schlägt einen Kandidaten (3. Sitz, Vervollständigung Sitzanspruch) zur Wahl in das Wahlbüro vor.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat wählt die von der SVP und dem Stadtrat vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten für den verbleibenden Teil der Amtsperiode vom 01.07.2008 - 30.06.2012 in das Wahlbüro.

://: Die als Mitglieder des Wahlbüros vorgeschlagenen Personen werden in globo einstimmig gewählt.

26 A.1.4.3. Wahlen: Gemeinde und Kreis

4. Wahl der Sozialhilfebehörde Liestal für die Amtsperiode 2009-2012 (Nr. 2008/11)

Das Büro informiert in seiner Vorlage folgendermassen:

Gemäss dem Verteilschlüssel, auf den sich das Einwohnerrats-Büro am 12. Juni 2008 geeinigt hat, schlagen die Fraktionen des Einwohnerrats folgende Personen zur Wahl in die Sozialhilfebehörde Liestal vor:

FDP-Fraktion: Werner Spinnler-Merten, bisher; SP-Fraktion: Felix Eisenring, bisher sowie Elsbeth Schmied-Leiggener, bisher; SVP-Fraktion: Georg Ambühl, bisher; Grüne Fraktion: Marie-Louise Bohny Schuler, bisher; CVP/EVP/GLP: Jacqueline Cappelletti-Schlaeppi, bisher.

Der Antrag des Büros lautet:

Der Einwohnerrat wählt die sechs von den Fraktionen vorgeschlagenen Personen als Mitglieder der Sozialhilfebehörde.

://: Die als Mitglieder der Sozialhilfebehörde vorgeschlagenen Personen werden in globo einstimmig gewählt.

27 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

5. Bericht der Finanzkommission betreffend Festlegung der Sitzungsentschädigung von Einwohnerrat und Einwohnerrats-Kommissionen für die Legislaturperiode 2008 – 2012 (Nr. 2008/9)

Die Finanzkommission informiert in ihrer Vorlage zusammengefasst folgendermassen:

Gemäss § 15 des Geschäftsreglements für den Einwohnerrat hat der Einwohnerrat zu Beginn einer Amtsperiode die Ansätze für die Einwohnerrats- und Einwohnerrats-Kommissionssitzungen neu festzulegen. Der Einwohnerrat hatte an seiner Sitzung vom 18. August 2004 folgende Regelung beschlossen: für Ratssitzungen pauschal CHF 90.- (Basis drei Stunden Dauer); für Kommissionssitzungen CHF 30.- (pro Stunde). Bereits in der Amtperiode 2000 – 2004 war die Entschädigung gleich hoch angesetzt.
Für das Beibehalten der bestehenden Regelung wurden folgende Gründe angeführt: Es war in den letzten Jahren kaum eine Teuerung zu verzeichnen; die Stadt muss weiterhin sparen, der Einwohnerrat sollte mit gutem Beispiel vorausgehen; mit der Erhöhung zum jetzigen Zeitpunkt würde ein schlechtes Zeichen für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wie auch für die Einwohnerinnen und Einwohner gesetzt; man wird nicht Mitglied des Einwohnerrats der Entschädigung wegen; die Höhe der Sitzungsgelder spielt eine untergeordnete Rolle.
Für eine Erhöhung der Entschädigung um mindestens CHF 5.- (plus 12.5%) oder maximal CHF 10.- (plus 25%) wurden folgende Gründe angeführt: zeitgemässe Abgeltung des Aufwandes durch eine massvolle Erhöhung der Entschädigung nach zwölf Jahren; höhere Wertschätzung der Arbeit des Rates und der Kommissionen; Anpassung an die Regelung der Bürgergemeinde Liestal (Sitzungsgeld neu seit Mitte 2008 = CHF 40.-); Annäherung der Entschädigung an die Gegebenheiten bei anderen Gemeinden mit Einwohnerrat (Binningen: CHF 55.- / Pratteln: CHF 42.- / Reinach: CHF 42.-).
Die Finanzkommission ist sich bewusst, dass bei einer Annahme der Erhöhung um CHF 10.- der Budgetposten um ca. CHF 22'000.- angehoben werden müsste. Wenn in Zukunft alle Kommissionen der Stadt in den Genuss einer Erhöhung von CHF 10.- kommen sollten, müsste der Budgetposten mit ca. plus CHF 80'000.- pro Jahr veranschlagt werden. Bei CHF 5.- Erhöhung würden sich die Beträge in der Folge halbieren.

Der Antrag der Finanzkommission lautet:

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat eine Erhöhung der Sitzungsentschädigungen von derzeit CHF 30.- um CHF 10.- auf neu CHF 40.-.

Fiko-Präsident Heinz Lerf (FDP) erläutert, die Finanzkommission habe das Für und Wider einer Erhöhung diskutiert. Alle Einzelheiten seien dem Fiko-Bericht zu entnehmen. Wie andere Baselbieter Gemeinden mit Einwohnerrat die Sitzungsentschädigungen geregelt hätten, stehe ebenfalls im Bericht. Eine Erhöhung hätte Auswirkungen auf den Voranschlag, die Rechnung und den Entwicklungsplan. Man könne es als heikel ansehen, wenn man sich selbst den Lohn erhöhe, aber aufgrund der Reglementierung sei dies nicht anders möglich. Vier Kommissionsmitglieder hätten sich für eine Erhöhung um CHF 5.- ausgesprochen, fünf für eine Erhöhung um CHF 10.-. Der Antrag laute deshalb, die Sitzungsentschädigungen für 2008-2012 um CHF 10.- anzuheben.

Daniel Spinnler (FDP) meint, mit einer Erhöhung würde der Einwohnerrat kein gutes Signal setzen. Seine Fraktion meine, der Rat solle mit gutem Beispiel vorangehen. Liestal habe die Steuern nicht gesenkt und sei noch immer dabei, Schulden abzubauen. Da es keine Teuerung gegeben habe, habe man auch keinen Verlust erlitten. Die Einwohnerratsmitglieder sei-

en sicher nicht wegen des Geldes im Amt. Der Stadtrat erhalte seit Beginn der neuen Legislatur auch weniger Geld. Die Mehrausgaben von CHF 80'000.- könne man für Gescheiteres einsetzen, zum Beispiel für die Grünabfuhr.

Hanspeter Stoll (SP) äussert, die SP-Fraktion sehe die Angelegenheit ein wenig sachlicher an. Seit zwölf Jahren seien die Sitzungsentschädigungen nicht erhöht worden. Die Bürgergemeinde liege mit ihrer Erhöhung auf CHF 40.- gegenüber anderen Gemeinden immer noch am tiefsten. Für so etwas sei nie der richtige Zeitpunkt. Entweder erhöhe man nun die Sitzungsgelder oder nicht - aber bitte nicht um fünf Franken, das wäre eine typische Liestaler Lösung.

Paul Pfaff (SVP) betont, eine Anpassung müsse man irgendwann vornehmen. Der Zeitpunkt zum Geben sei nie gut. Eine Erhöhung wäre jetzt aber zeitgemäss und fällig. Wenn man warte, werde es das nächste Mal um eine grössere Erhöhung gehen. Seine Fraktion habe sich für die Anpassung entschieden.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) berichtet, seine Fraktion habe in der Fiko für die Beibehaltung der Ansätze plädiert. Nach Vorliegen des Berichts habe sie sich aber entschieden, den Antrag zu unterstützen, und zwar aus Gründen, wie Hanspeter Stoll sie dargelegt habe.

Corinne Ruesch (GL) hält fest, das Sitzungsgeld sei eine gewisse Anerkennung für geleistete Arbeit. Es decke gerade das Kinderhüten ab. Ihre Fraktion sei für einen Mittelweg und stelle deshalb den Antrag, die Sitzungsentschädigungen um CHF 5.- zu erhöhen.

://: Mit grosser Mehrheit wird eine grundsätzliche Erhöhung der Sitzungsentschädigungen genehmigt.

://: 17 Stimmen entfallen auf eine Erhöhung um CHF 10.-, 8 Stimmen auf eine Erhöhung um CHF. 5.-, 11 Ratsmitglieder enthalten sich der Stimme. Damit wird eine Erhöhung der Sitzungsentschädigungen um CHF 10.- genehmigt.

28 B.1.3.3. Ortsplanung: Einzelne Bereiche

6. Bericht des Stadtrats betreffend Postplatz, Neugestaltung: Projekt- und Kreditgenehmigung (Nr. 2008/17)

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage zusammengefasst folgendermassen:

Das vorliegende Projekt wurde vom Planungsteam *Eurocity* auf der Basis des Wettbewerbprojekts weiterentwickelt und wird allen an den Postplatz als öffentlichen Raum gestellten Ansprüchen gerecht. Es erfolgt eine klare Gliederung in die folgenden Räume: Aufenthalt, Fussgängerverkehr, Verkehrsfläche, Parkierung. Daneben entstehen auch Flächen für variable temporäre Nutzungen. Durch die Verwendung derselben Belagsart und Baumarten sowie von zusammenhängenden Beleuchtungs- und Möblierungskonzepten wird erreicht, dass der Bahnhofsbereich zu einem eindeutigen und charakteristischen Eingangsbereich für die Stadt Liestal gestaltet wird. Die Realisierung der Neugestaltung des Postplatzes soll im Anschluss an die Baustelle Poststrasse ab Sommer 2009 bis Frühjahr 2010 erfolgen. Gleichzeitig werden zu Lasten der jeweiligen Werke alle Werkleitungen innerhalb des Postplatzes erneuert.
Die Kosten für die Neugestaltung des Postplatzes betragen gemäss Kostenvoranschlag CHF 980'000.-. Diese Kosten sind im Finanz- und Entwicklungsplan 2009 – 2013 berücksichtigt.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat genehmigt das Bauprojekt und den Kredit von CHF 980'000.- für die Neugestaltung des Postplatzes.
2. Das Postulat Nr. 2007/160 betreffend Aufwertung der Altstadt wird abgeschrieben.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) informiert, das Büro beantrage, das Geschäft an die Bau- und Planungskommission zu überweisen.

Hans Brodbeck (FDP) gibt bekannt, die FDP-Fraktion sei ebenfalls für die Überweisung an die BPK. Sie weise darauf hin, dass das Geschäft eng mit der Vorlage Velostation zusammenhänge, die der Einwohnerrat an den Stadtrat zurückgewiesen habe. Mit Befremden habe seine Fraktion zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat das Postulat Nr. 2007/160 abschreiben wolle, ohne dass er zum Postulat inhaltlich Stellung genommen habe und ohne dass irgendein Vorschlag seiner Fraktion in die Planung aufgenommen worden sei. Zuhanden der BPK halte seine Fraktion fest, dass sie die Lenkung der Fussgänger im ganzen Bereich Bahnhof bis zur Post sowie im Bereich der Quartierpläne 1 und 2 für unbefriedigend halte.

Hanspeter Meyer (SVP) teilt mit, in der SVP-Fraktion seien viele Fragen zur Vorlage aufgetaucht. Sie sei auch für die Überweisung.

Jürg Holinger (GL) sagt, die Grüne Fraktion schliesse sich dieser Meinung an.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) fügt hinzu, seine Fraktion sei ebenfalls für die Überweisung an die BPK.

://: Der Bericht des Stadtrats betreffend Postplatz, Neugestaltung: Projekt- und Kreditgenehmigung wird einstimmig an die BPK überwiesen.

29 B.1.3.2. Ortsplanung: Überbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne

7. Berichte des Stadtrats und der Bau- und Planungskommission betreffend Quartierplan Bahnhofareal 2, 2. Lesung (2007/180, 2007/180a)

Die Bau- und Planungskommission (BPK) informiert in ihrem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Nach dem Quartierplan 1 kommt nun der Quartierplan 2 - basierend auf dem städtebaulichen Konzept *eurocity* - zur Behandlung. Er lehnt sich an den bereits genehmigten Quartierplan 1 an. Der Quartierplan 2 beinhaltet drei Baukörper. Diese Überbauung wird in Etappen ausgeführt. Die Kommission verlangte, ihr eine Modell-Studie zu unterbreiten, um die Auswirkungen auf die nähere und weitere Nachbarschaft sehen zu können. Die Bau- und Planungskommission unterstützt den Quartierplan Bahnhof 2 einstimmig und ist davon überzeugt, dass damit zukunftsorientierte Möglichkeiten im Bereich des Bahnhofs geschaffen werden. Von besonderer Wichtigkeit ist die Tatsache, dass gleichzeitig ein optimaler Busbahnhof ensteht. Für die Buspassagiere wird genügend Warteraum geschaffen, dies vor allem deshalb, weil die Erdgeschosse der Neubauten mit grosszügigen Arkaden ausgestattet werden, welche als Schutzunterstände für die Buspassagiere dienen. Obwohl die Anzahl öffentlicher Parkplätze nicht sehr gross sein wird, wünscht die BPK eine Überprüfung, ob auch dieses neue Parkhaus ins Parkleit-System der Stadt Liestal integriert werden kann.

Die Anträge der BPK lauten:

1. Der Einwohnerrat beschliesst den Quartierplan Bahnhofareal 2, bestehend aus:
   - Situationsplan 1 : 500;
   - Reglement mit den Anhängen 1 bis 5.
2. Ergänzung von § 9 Abs. 4 des Quartierplan-Reglementes: „Es ist ein attraktiver Zugang ab Bahnhofplatz zum Parkhaus sicherzustellen."

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) weist darauf hin, dass nun die zweite Lesung zu dieser Vorlage stattfinde. Es brauche die Zustimmung von mindestens vier Fünfteln des Rates, ansonsten komme es zu einer Volksabstimmung über das Geschäft. In erster Lesung habe der Einwohnerrat beide Anträge der Bau- und Planungskommission genehmigt.

BPK-Präsident Matthias Zimmermann (SP) teilt mit, für die Bau- und Planungskommission hätten sich seit der ersten Beratung keine neuen Aspekte ergeben.

Stadtrat Ruedi Riesen weist darauf hin, dass sich am Pro Senectute-Gebäude Bauprofile befinden würden. Das Baubegehren betreffe die Aussendämmung und eine Aufstockung. Die Stadt werde prüfen, ob dieses Begehren im Rahmen des Quartierplans Bahnhofareal 2 umsetzbar sei. Die Pro Senectute werde den Quartierplan inklusive Reglement unterzeichnen müssen. Sie könne den Quartierplan nicht blockieren.

Matthias Zimmermann (SP) betont, als Präsident der BPK ermutige er den Rat, der Vorlage zuzustimmen. Entlang den SBB befinde sich einiges im Bau. Es sei eine Planungs-, keine Bauvorlage. Das ganze Werk sei wichtig für die Stadt. Man solle es nicht mit einer Volksabstimmung belasten.

Jürg Holinger (GL) sagt, die Grüne Fraktion schliesse sich den eben genannten Argumenten an. Er hätte sich gefreut, wenn der Stadtrat gesagt hätte, wie man mit dem Problem der Mauersegler umgehe.

Pascal Porchet (FDP) legt dar, dieser Quartierplan sei für Liestal massgeblich. Der Bahnhof erhalte einen neuen Charakter. Er erhoffe sich daraus Schwung für Liestal. Es freue ihn, dass die Grundeigentumsverhältnisse geklärt seien. Im Mitwirkungsverfahren sei es zu keiner einzigen Stellungnahme gekommen. Die Grundsätze, die man in der Vorlage finde, halte er für wesentlich für dieses Gebiet. Alle Verkehrsströme würden im Rahmen einer Langsamverkehrzone fliessend abgewickelt, es entstünden neue Wohnungen an attraktiver Lage. Er erhoffe sich davon einen Standortvorteil. Liestal sei Energiestadt. Auch in diesem Quartierplan würden diesbezüglich Nägel mit Köpfen eingeschlagen; alle drei Gebäude müssten Minergie-Standard erreichen. 150 Parkplätze würden erstellt. Mit dem Bau der Kantonalbank hinke man bereits hinterher. Er ermutige die Stadt, den gesetzten Terminplan einzuhalten, dadurch erhalte man einen roten Faden. Ihn interessiere, wann die Vorlage zum Busbahnhof komme. Für sehr wichtig halte er die Anbindung des Quartierplans an die Altstadt. Wenn die drei Gebäude realisiert seien, müsse man dafür sorgen, dass der Fluss zum Stedtli gewährleistet sei. Er denke da vor allem an den Bereich hinter dem Gerichtsgebäude und die Anlage mit dem Georg Herwegh-Denkmal. Seine Fraktion stimme der Vorlage zu.

Beat Gränicher (SVP) äussert, er schliesse sich seinen Vorrednern an. Seine Fraktion stimme den Anträgen zu.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) gibt bekannt, seine Fraktion stimme dem Geschäft einstimmig zu.

Regina Vogt (FDP) unterstreicht, die Anbindung des Quartierplans an die Altstadt sei ihr ein grosses Anliegen. Die Fussgängerströme seien in der BPK ein zentrales Thema gewesen, eine Regelung im Rahmen des Quartierplans zu finden, sei aber nicht möglich gewesen. Die FDP halte es für sehr wichtig, dass der Stadtrat den Fokus auf eine optimale Anbindung lege.

Stadtrat Ruedi Riesen führt zu den verschiedenen Voten aus, das Baubegehren der Pro Senectute werde man auch auf das Thema Minergiestandard hin prüfen. Der Westteil des Busbahnhofs komme im Quartierplan 1 zum Zug, der Ostteil im Quartierplan 2. Der jeweilige Teil des Busbahnhofs werde zusammen mit den jeweiligen Bauprojekten aufgegleist. Betreffend Zugang zur Altstadt halte er auch für prüfenswert, was mit dem Denkmal von Georg Herwegh und dem kleinen Weg, der dort in die Allee hinunterführe, geschehen solle. Das andere sei die Parkfläche hinter dem Gerichtsgebäude; Parkplätze könne man nicht einfach weggestalten. Trotzdem könne dieser Ort für die Sicht auf die Altstadt wesentlich sein. Für die Mauersegler sollten Plätze geschaffen werden. Man werde das der Pro Senectute nahe legen. Die Stadt habe ein gutes Gespräch mit Vertretern des Kantons geführt. Bald gebe es Vorverträge für den Quartierplan 2. Die Quartierpläne 1 und 2 könnten allerdings nicht gleichzeitig gebaut werden, verkehrstechnisch sei das nicht möglich. Wer schneller investiere, habe den Vorzug.

://: Der Quartierplan Bahnhofareal 2 wird einstimmig genehmigt.

://: Der Zusatzantrag der BPK, einen attraktiven Zugang ab Bahnhofplatz zum Parkhaus sicherzustellen, wird einstimmig genehmigt.

30 L.2.2.3. Gemeindeliegenschaften und Grundstücke: Schulbauten, Turn- und Sportanlagen, Spielplätze, Sport- und Volksbad Gitterli AG

8. Berichte des Stadtrats und der Bau- und Planungskommission betreffend Schulanlage Fraumatt - Zusatzkosten für Erdbebensicherheit, Asbestsanierung und neue Parkplätze (Nr. 2008/6, 2008/6a)

Die Anträge des Stadtrats lauten:

1. Der Einwohnerrat stimmt dem Nachtragskredit von CHF 200'000.- für die Erdbebensicherheit und die Asbestsanierung zu.
2. Der Einwohnerrat bewilligt einen zusätzlichen Nachtragskredit von CHF 100'000.- für die Erstellung eines neuen Parkplatzes.

Die Anträge der Bau- und Planungskommission lauten:

Antrag 1 des Stadtrats: Dem Antrag steht nichts entgegen und die BPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, dem Nachtragskredit von Fr. 200'000.- zuzustimmen.

Der Antrag 2 des Stadtrats wurde ausführlich diskutiert. Grundsätzlich steht dem Parkplatzprojekt nichts entgegen, im Gegenteil:

- Es ermöglicht, den Raum vor, neben und hinter dem Schulhaus wieder ganz seiner Bestimmung als Schulhausplatz (beinhaltet auch Sport und andere öffentliche Bedürfnisse) zuzuführen und von Autos ganz zu befreien (Ausnahmen: Feuerwehr, Sanität, Abladen schwerer und grosser Güter, grössere Events mit speziellem Parkplatzbedarf). Entsprechend ist eine Absperrvorrichtung zu installieren. Auch der Mobility-Parkplatz muss somit auf den neuen Parkplatz verlegt werden.
- Die Busstation (Fahrtrichtung Füllinsdorf) soll wenn irgendwie möglich nach Westen neben das Schulhausgebäude verlegt werden, damit sich Ein- und Ausfahrt zum Parkplatz hinter der Busstation befinden. So können der öffentliche Fussgängerverkehr und der motorisierte Parkier-/"Kiss and Ride"-Verkehr konsequent entflochten werden.

Unter den obigen beiden Bedingungen beantragt die BPK dem Einwohnerrat einstimmig, dem Nachtragskredit von Fr. 100'000.-- zuzustimmen.

BPK-Präsident Matthias Zimmermann führt aus, zum Votum von Regina Vogt beim vorhergehenden Traktandum könne er berichten, dass es zu diesem Thema an der letzten BPK-Sitzung einen regelrechten Kreativitätsausbruch der Kommissionsmitglieder gegeben habe. Im Gebiet zwischen Bahnhofareal und Altstadt liege grosses Potential. Es sei wichtig, an diesem Thema zu arbeiten. - Was die Schulanlage Fraumatt betreffe, so stehe dem ersten Antrag des Stadtrats nichts entgegen. Es gehe dabei um Vorschriften, das Geld sei schon verbaut, und der Rat könne nur noch nachträglich zustimmen. Beim zweiten Antrag gehe es um den neuen Parkplatz. Diesbezüglich seien verschiedene Dinge an die BPK herangetragen worden, die in den beiden im Kommissionsbericht beschriebenen Punkten ihren Niederschlag gefunden hätten. Zum einen solle der Schulhausplatz von Autos befreit werden. Dazu sei eine Absperrvorrichtung zu installieren. Zum andern seien der Fussgängerverkehr und der motorisierte Parkier/“Kiss and Ride“-Verkehr durch die Verlegung der Busstation zu entflechten. „Kiss and Ride“ bedeute, mit dem Auto heranfahren, Leute abliefern und weiterfahren. Die BPK sei überzeugt, dass dieser Parkplatz bei Erfüllung der genannten Randbedingungen sinnvoll sei. Sie bitte um Zustimmung zu den beiden Anträgen.

Regina Vogt (FDP) hält fest, der erste Antrag sei unbestritten. Der FDP-Fraktion erscheine ebenfalls eine konsequente Entflechtung der Fussgängerzone und des Parkplatzverkehrs sehr wichtig. Sie stimme grundsätzlich beiden Anträgen zu. Allerdings sei der FDP aufgefallen, dass die Frage der Parkplatzbewirtschaftung nicht angesprochen sei. Sie würde gerne wissen, wie der Stadtrat diese Angelegenheit künftig zu regeln gedenke.

Hanspeter Meyer (SVP) gibt bekannt, die SVP-Fraktion stimme beiden Anträgen einstimmig zu. Sie sei glücklich über die Lösung und habe festgestellt, dass auch Anwohner, die bisher durch die Autos sehr beeinträchtigt gewesen seien, diese Lösung begrüssen würden.

Jürg Holinger (GL) betont, es sei wichtig, dass der Pausenplatz autofrei sei. Er bitte den Stadtrat darum, die Verlegung der Busstation seriös zu prüfen.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) legt dar, seine Fraktion stimme dem Nachtragskredit für die Erdbebensicherheit und der Asbestsanierung vorbehaltlos zu. Sie sei ebenfalls der Meinung, dass der Pausenplatz von Autos befreit werden müsse und dass es einen neuen Parkplatz brauche. Das vorgeschlagene Projekt betrachte seine Fraktion aber als nicht geeignet. Sie verlange, die Variante Sportplatz Südseite näher zu prüfen. In diesem Sinn weise seine Fraktion die Vorlage zurück. Die Gründe dafür seien folgende: Ein Viertel der Rasenfläche werde für Parkplätze geopfert. Ein Parkplatz im Eingangsbereich des Schulhauses biete ein hohes Risiko. Die Zufahrt beim Zugang zum Schulhaus und beim Fussgängerstreifen sei für Fussgänger sehr gefährlich. Der Niveau-Unterschied gegenüber dem Schulhaus-Zugang und dem Kellerabgang verursache grossen Aufwand. Die Nutzung der Plätze vor der Turnhalle würde einen geringeren Platzverschleiss mit sich bringen. Dank der Entflechtung der Fussgänger vom motorisierten Verkehr würde diese Lösung auch grössere Verkehrssicherheit bedeuten. Ausserdem wäre sie aufgrund einfacherer baulicher Massnahmen günstiger. Er bitte um Unterstützung des Rückweisungsantrags der CVP/EVP/GLP-Fraktion.

Philipp Senn (SP) äussert, seine Fraktion sei überzeugt von dem, was im Vorfeld gesagt worden sei. Die BPK habe eine Begehung vor Ort vorgenommen. Der verbleibende Platz entspreche nach wie vor den Standards. In den südlichen Bereich habe man auch deshalb nicht gehen wollen, weil der Abwart dort wohne. Der Parkierverkehr wäre dann vor seiner Wohnung. Die Parkierenden, unter anderem die Lehrerinnen und Lehrer, seien sicher froh, wenn der Weg zum Parkplatz möglichst kurz sei. Die SP-Fraktion halte den Vorschlag der BPK für gut und schliesse sich beiden Anträgen an.

Stadtrat Ruedi Riesen meint, es spreche für die Qualität der BPK, dass sie zur Verbesserung der Zubringersituation beigetragen habe. Er danke der Kommission für das aktive Mitgestalten. Er schätze es, dass es zum ersten Antrag keine Einwände gebe. Was eine neue Planung des Parkplatzes betreffe, so müsse man dies mit dem Ingenieur genau anschauen. Die BPK sehe Probleme darin, Parkplätze vor der Turnhalle zu bauen. Dort laufe oft ein unglaubliches Chaos ab. Man müsse die Autos deshalb zentral in die Anlage führen. Sie gehörten schon wegen der Rollstuhlfahrer in die Nähe des Schulhaus-Eingangs. Der Spielplatz werde zwar dezimiert, sei aber noch genug gross. Die Nachbarschaft habe immer wegen der Situation mit den Autos reklamiert. Dieses Problem würde man nun auch lösen. Die Parkplätze würden im Übrigen wie bei allen Schulhäusern bewirtschaftet: Sie lägen in der weissen Zone, und die Benützer müssten eine Gebühr zahlen.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) fragt, was sei, wenn eine Verlegung der Busstation nicht möglich sei. Sie glaube auch nicht, dass der „Kiss and Ride“-Verkehr verschwinden werde.

BPK-Präsident Matthias Zimmermann weist darauf hin, die BPK habe in ihrem Bericht geschrieben, die Busstation solle „wenn irgendwie möglich“ verlegt werden. Man müsse dieses Problem mit dem Kanton abklären. Die BPK bestehe nicht aus Fachleuten. Wenn etwas dagegen spreche, so wären es Gründe der Sicherheit. Was den Antrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffe, so hätten Einwohnerratsmitglieder genau diese Fragen an die BPK heran-

getragen. Man habe alle Punkte mit den Fachleuten von der Verwaltung studiert und sei zum Schluss gekommen, dass die vorgeschlagene Lösung die beste sei. Es gelte auch, auf die Zivilschutzanlage Rücksicht zu nehmen.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) gibt bekannt, er lasse nun über den Rückweisungsantrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion abstimmen.

://: Der Antrag, die Vorlage an den Stadtrat zurückzuweisen, wird mit 5 Ja- gegen 33 Nein-Stimmen nicht genehmigt.

://: Der Nachtragskredit von CHF 200'000.- für die Erdbebensicherheit und die Asbestsanierung wird einstimmig genehmigt.

://: Der Nachtragskredit von CHF 100'000.- für die Erstellung eines neuen Parkplatzes wird mit 33 Ja- gegen 5 Nein-Stimmen genehmigt.

31 F.5.2. Fürsorgetätigkeit, Sozialdienst, Süchtige

10. Bericht des Stadtrats betreffend Auditierung Soziale Dienste (Nr. 2008/16)

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Der Stadtrat hat den Auditbericht von Herrn Kurt Jaggi betreffend Soziale Dienste vom 4. August 2008 zustimmend zur Kenntnis genommen. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Sozialen Dienste die Empfehlungen der letzten Auditierung aus dem Jahre 2006 erfolgreich umgesetzt haben und sich auf gutem Kurs befinden.
Für die Zukunft sollten die folgenden Stossrichtungen besonders beachtet werden:

- Verstärkung der Führung und des Controllings;
- optimale Nutzung des Casemanagement zur Fallsteuerung;
- weiterer Ausbau der beruflichen Integration;
- Ausbau der Informatikunterstützung.

Der Stadtrat hat die Führungsverantwortlichen des Bereichs Soziales/Gesundheit/Kultur mit dem Vollzug der Empfehlungen beauftragt. Die Umsetzung der Massnahmen wurde bereits eingeleitet. Eine Kurzfassung des Auditberichts liegt bei; dem Büro des Einwohnerrates wird die allfällige Überweisung des vollständigen, schützenwerte Daten enthaltenden Berichtes an die GPK anheimgestellt.

Der Antrag des Stadtrats lautet:

Der Einwohnerrat nimmt vom Bericht des Stadtrates betreffend Auditierung der Sozialen Dienste Kenntnis.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) teilt mit, das Büro werde keinen Antrag auf Überweisung der Vorlage stellen, sondern meine, der Rat solle die Vorlage diskutieren und über eine allfällige Überweisung befinden. Von Vreni Wunderlin liege ein Antrag vor, den vollständigen Auditbericht an die Geschäftsprüfungskommission zu überweisen.

Sabine Ammann (CVP/EVP/GLP) hält fest, die beigefügte Schlussbilanz zur Auditierung sei sehr kurz gefasst und nicht aussagekräftig. Ihre Fraktion sei deshalb einstimmig für die Überweisung des Auditberichts an die GPK.

Regula Nebiker (SP) führt aus, die SP-Fraktion sei ein Stück weit ratlos. Der Vorlage sei wenig zu entnehmen. Sie wecke gewisse Befürchtungen. Man frage sich beispielsweise, ob die Schnittstellenprobleme immer noch nicht behoben seien und das Case Management immer noch nicht eingeführt sei. Betreffend Neuorientierung würde ihre Fraktion gerne wissen, ob es dazu bereits Pläne gebe. Sie würde gerne solche Pläne unterstützen. Sie spüre eine gewisse Laisser-faire-Mentalität, die sowohl auf Kosten des Verwaltungspersonals, das gute Arbeit leiste, als auch auf Kosten der Sozialhilfebezüger gehe. Die Aufgabe der GPK sei zu prüfen, ob etwas rechtmässig gemacht worden sei; hier würden sich aber konzeptionelle Fragen stellen. Die Maximalvariante der SP-Fraktion wäre, eine Spezialkommission zu stellen. Ansonsten sei sie für die Überweisung des Auditberichts an die GPK.

Erika Eichenberger (GL) legt dar, ihre Fraktion könne den Bericht in dieser Form auch nicht zur Kenntnis nehmen. Die Schlussbilanz lasse viele Fragen offen und veranlasse dazu, neue Fragen zu stellen. Die Frage sei, an welchem Punkt sich der ganze Prozess befinde. Die Grüne Fraktion sei für die Prüfung des Auditberichts, damit man danach auf einer klaren Ba-

sis diskutieren könne. Sie habe nicht über eine Spezialkommission diskutiert, meine aber, die GPK sei die richtige Adressatin.

Markus Meyer (SVP) fügt hinzu, seine Fraktion schliesse sich den Ausführungen an. Sie wünsche, dass die GPK ein Controlling durchführe und die Schnittstellen zur städtischen Buchhaltung überprüfe. Die SVP-Fraktion sei der Meinung, dass ein Auditbericht in der vorliegenden Form nicht mehr notwendig sei. Regelmässige Audits der Sozialen Dienste auf längere Zeit gesehen sollten ebenfalls nicht notwendig sein. Seine Fraktion beantrage die Überweisung des Berichts an die GPK.

Vreni Wunderlin (FDP) sagt, sie stelle den Antrag auf Überweisung der Vorlage an die GPK.

Stadtpräsidentin Regula Gysin unterstreicht, es sei ihr Wunsch, dass diese Überweisung stattfinde. Es sei ihr ein Anliegen, dass nicht durch Interpretationen der beigefügten Schlussbilanz Misstrauen entstehe.

://: Der Bericht über die Auditierung der Soziale Dienste wird einstimmig an die Geschäftsprüfungskommission überwiesen.

32 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

11. Bericht des Stadtrats zum Postulat von Erika Eichenberger und Corinne Ruesch im Namen der Grünen Fraktion betreffend Schaffung einer Stelle einer/eines Jugendbeauftragten (Nr. 2007/154, 2007/154a)

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

In dem Postulat wird der Stadtrat gebeten, zusammen mit der Jugendkommission zu prüfen, ob ein Antrag für die Schaffung einer Stelle einer/s Jugendbeauftragten bereits ins Budget 2008 aufgenommen werden soll, um die Umsetzung des Jugendkonzeptes nicht weiter zu verzögern. Da es sich um die Schaffung einer neuen Stelle handelt, hat der Stadtrat die Jugendkommission beauftragt, den Bedarf umfassend abzuklären und Bericht zu erstatten. Die Jugendkommission als stadträtlich eingesetztes Beratungsorgan befürwortet die Stellenschaffung und begründet dies mit einem ausführlichen Bericht.
Der Stadtrat kann sich dem Antrag der Jugendkommission zum aktuellen Zeitpunkt nicht anschliessen. Er bevorzugt angesichts des derzeit noch wenig ausgereiften Entwicklungsstands der jugendpolitischen Projekte ein vorläufig projektbezogenes Vorgehen zur Umsetzung des Jugendkonzepts. Insbesondere wünscht er, dass die Jugendkommission konkrete Projekte vorlegt, für die nach erfolgter Prüfung die zur Umsetzung erforderlichen Mittel und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die Anträge des Stadtrats lauten:

1. Die Schaffung der Stelle einer/s Jugendbeauftragten ist zum heutigen Zeitpunkt abzulehnen.
2. Die Jugendkommission wird beauftragt, unter Beizug von externen Ressourcen Projekte und Strategien für eine aktive und partizipative Jugendarbeit und Jugendpolitik zu erarbeiten.
3. Das Postulat ist abzuschreiben.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) gibt bekannt, es liege ein Antrag der Grünen auf Rückweisung der Vorlage vor.

Erika Eichenberger (GL) führt aus, sie wolle den Rückweisungsantrag begründen. Die Jugendkommission sei ein strategisches Gremium. Die Mitglieder kämen vier bis sechs Mal im Jahr zusammen und würden den Stadtrat in Fachfragen der Jugendarbeit beraten. Vom Bericht der Jugendkommission zum Thema eines oder einer Jugendbeauftragten habe der Stadtrat dem Einwohnerrat nur einen kleinen Teil zur Verfügung gestellt. Wichtige Bereiche habe er ausgeklammert. Die Mitglieder der Jugendkommission seien enttäuscht. Laut Entwicklungsplan wünsche der Stadtrat, dass die Jugendlichen in die Jugendarbeit einbezogen würden, denn Projekte seien nachhaltig, wenn sie partizipativ entwickelt und längerfristig begleitet würden. Die Jugendkommission habe selbst ein Projekt aufgleisen wollen und sei gescheitert, weil sie mit den vorhandenen Ressourcen keine Jugendlichen habe auftreiben können. Anders sei es beim „Sofa“-Projekt gewesen; da habe man Studenten damit beauftragt herauszufinden, wie man das Jugendhaus Joy besser nutzen könne. Sie hätten es geschafft, eine Projektgruppe auf die Beine zu stellen und diesen Tag zu veranstalten. Es existiere jetzt eine Kerngruppe von interessierten Jugendlichen, die aber niemand weiter betreue. Es brauche also eine Person, die die Fäden weiter in der Hand halte. Dies stehe auch im Bericht der Jugendkommission. Es gehe um eine Teilzeitstelle. Zugunsten der Gratis-Parkierstunde sei der Stadtrat bereit, CHF 400'000.- auszugeben. Noch sehe sie in Liestal keine konsequente

Haltung in der Jugendpolitik. Die Grüne Fraktion stelle den Antrag auf Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat und sei gegen die Abschreibung des Postulats. Sie wünsche, dass der Einwohnerrat Einblick in den Bericht der Jugendkommission erhalte.

Peter Küng (SP) sagt, die SP-Fraktion unterstütze die Rückweisung; sie hätte auch gerne mehr Fleisch am Knochen.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) teilt mit, auch ihre Fraktion unterstütze die Rückweisung. Man habe immer wieder gehört, dass ein Bericht der Jugendkommission kommen solle. Anscheinend sei ein mehrseitiger Bericht vorhanden. Sie frage sich, warum der Einwohnerrat ihn nicht erhalten habe, um sich fundiert eine Meinung bilden zu können. Der Stadtrat schreibe in seiner Vorlage, dass für ihn die Anstellung einer Projektleitung auf Mandatsbasis denkbar sei. Sie frage sich, was gegen einen Jugendbeauftragten spreche. Ihre Fraktion wolle den Bericht der Jugendkommission lesen, um sich eine klare Meinung bilden zu können.

Corinne Ruesch (GL) meint, mit seinem Bericht sage der Stadtrat indirekt, dass er keine Verantwortung für die Jugendpolitik übernehmen und nicht selbst über die Lösung der Probleme nachdenken wolle. Der Gedanke der Delegation stehe im Vordergrund. Diesen Kurs fahre die Stadt schon lange. Das Jugendkonzept sei in den 90er-Jahren entstanden. Damals sei das Thema Jugendpolitik an den Verein Come in - Come out delegiert worden, der das Erforderliche aber nicht habe leisten können. Daraus habe man nichts gelernt. Noch schlimmer, die Stadt habe die Aufgabe an ein Gremium delegiert, das nur vier bis sechs Mal im Jahr zusammenkomme und eigentlich eine beratende Kommission sei. Wenn man nun der Idee des Stadtrats folge, kämen einzelne, unvernetzte Projekte zustande. Wichtig sei aber, eine Stelle zu schaffen, durch die die Anliegen der Jugendlichen, der in der Jugendarbeit tätigen Personen und der Stadt miteinander vernetzt würden.

Nils Henn (FDP) äussert, die FDP-Fraktion habe eigentlich ins gleiche Horn blasen wollen. Es gehe in dieser Sache aber auch ums Abwägen. Seine Fraktion meine, der Stadtrat wäge richtig ab, und sei mit seinem Vorschlag einverstanden. Die FDP sei aber auch nicht abgeneigt, mehr zu erfahren, und würde es deshalb ebenfalls begrüssen, den Bericht der Jugendkommission zu erhalten.

Jürg Holinger (GL) erläutert, er sei Mitglied der Alterskommission; sie sei ebenfalls eine beratende Kommission des Stadtrats. In einer solchen Gruppe könne man keine Projektarbeit leisten. Im sozialen Bereich meine man, eine Amateurkommission könne Projekte aufgleisen. Man müsse sich dies einmal im Baubereich vorstellen; die BPK habe auch nicht die Aufgabe, Baupläne zu zeichnen.

Paul Finkbeiner (SVP) hält fest, er könne die Rückweisung nicht aktiv unterstützen und werde sich der Stimme enthalten. Ihm sei die Bemerkung von Erika Eichenberger wegen des Betrags im Zusammenhang mit der Gratis-Parkierstunde sauer aufgestossen. Die CHF 400'000.- gebe die Stadt nicht aus, sondern sie nehme sie nicht ein. Im Übrigen wolle er noch eine andere Perspektive aufzeigen: Er besitze einen Betrieb mit 30 Angestellten und habe schon einige Lehrlinge ausgebildet. Er meine, das sei auch eine Art Jugendarbeit.

Stadtpräsidentin Regula Gysin legt dar, die Jugendlichen seien für den Stadtrat ein wichtiger Teil der Bevölkerung. Der Stadtrat habe in dieser Sache einfach eine andere Sichtweise. Bei der Stelle eines Jugendbeauftragten handle es sich um eine 60-Prozent-Stelle. Der Bericht der Jugendkommission sei der Vorlage nicht beigelegt worden; man könne die Haltung haben, dass dies nicht richtig sei. Die Idee der Stadt sei, gezielt Geld bereit zu stellen und Projekte einkaufen. Man wolle sie nicht durch die Jugendkommission entwickeln lassen. Der Stadtrat halte es aber nicht für sinnvoll, eine Stelle zu schaffen, wenn man nicht wisse, ob sie immer ausgelastet sei. Er wolle punktuell, gezielt Kräfte und Geld einsetzen, mit offenen Ohren für die jungen Leute, die etwas bewirken wollten.

://: Der Bericht des Stadtrats zum Postulat betreffend Schaffung einer Stelle einer/eines Jugendbeauftragten wird mit 23 Ja- gegen 4 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen an den Stadtrat zurückgewiesen.

33 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

12. Bericht des Stadtrats zum Postulat von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion betreffend langfristige Ausrichtung der Stadtpolizei Liestal - Freigabe Budget 2008 (Nr. 2008/194, 2008/194a)

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

An der Budgetsitzung vom 12. Dezember 2007 beschloss der Einwohnerrat auf Antrag seiner Finanzkommission, im Rahmen der Behandlung des Voranschlages der Stadtpolizei vom Stadtrat ein Konzept für die zukünftige Ausrichtung der Stadtpolizei zu verlangen. Die Freigabe der die Stadtpolizei betreffenden Budgetpositionen, soweit diese nicht gebundene Ausgaben betreffen, wurde vom Vorliegen eines solchen Konzeptes abhängig gemacht. In seinem Postulat „Langfristige Ausrichtung der Stadtpolizei Liestal“ vom 15. Januar 2008 (Nr. 2008/194) forderte Einwohnerrat Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion die Überprüfung, ob die heutige Ausrichtung und Organisation der Stadtpolizei genügen, um die sich stellenden Herausforderungen im Bereich Sicherheit zu meistern. Mit einem Konzept unterbreitet der Stadtrat nun dem Einwohnerrat die getätigten Abklärungen. Folgende Varianten werden aufgezeigt und begründet: MINI: Beibehaltung IST-Zustand; MIDI: IST-Zustand plus eine Polizeistelle; MAXI: Ausbau Stadtpolizei auf 24-Stundenbetrieb; KAPO: Einkauf gemeindepolizeilicher Aufgaben bei der Polizei BL.
Der Stadtrat hat sich für die Variante MINI entschieden. Er tut dies in der Überzeugung, dass die objektive und subjektive Sicherheit in der Stadt Liestal unter den gegebenen Voraussetzungen in genügender Weise gewährleistet werden kann. Deshalb ist eine personelle Aufstockung der Stadtpolizei derzeit kein Thema für den Stadtrat. Mit der Vorlage des Konzeptes sind die Voraussetzungen gegeben, um das Budget 2008 der Stadtpolizei freizugeben.

Die Anträge des Stadtrats lauten:

1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom vorliegenden Konzept sowie davon, dass die Stadtpolizei in ihrer heutigen Ausgestaltung beibehalten und mit der Variante MINI (Beibehaltung Ist-Zustand) in die Entwicklungsplanung 2009-2013 aufgenommen wird.
2. Der Einwohnerrat gibt das Budget 2008 der Stadtpolizei frei.
3. Das Postulat Nr. 2008/194 wird als erledigt abgeschrieben.

Daniel Spinnler (FDP) stellt fest, die Vorlage des Stadtrats sei mager. Der Stadtrat zeige zwar verschiedene denkbare Varianten für die Zukunft der Stadtpolizei auf. Man erfahre auch, was die Stadtpolizei genau für Aufgaben habe, und er denke, dass sie einen schlechteren Ruf habe, als sie verdiene. Als Lösung biete der Stadtrat aber nur an, alles so zu lassen, wie es sei. Damit sei er nicht zufrieden. Er schlage vor, entweder eine Spezialkommission zu gründen, die die langfristigen strategischen Ziele definiere, oder das Geschäft an den Stadtrat zurückzuweisen, mit dem Auftrag, sich zu überlegen, was sich mit der jetzigen Besetzung der Stadtpolizei machen lasse. Der Einwohnerrat könne natürlich sagen, er folge dem Stadtrat und entscheide sich für die Variante Mini, oder er beschliesse, das Konzept nicht zur Kenntnis zu nehmen. Die FDP-Fraktion werde das Postulat auf jeden Fall nicht abschreiben. Liestal werde weiterhin mit den darin aufgeführten Problemen wie Verkehrskontrollen, Littering etc. beschäftigt sein. Er stelle zwei Anträge: Erstens beantrage er, eine Spezialkommission zu gründen, zweitens, die Vorlage zurückzuweisen.

Matthias Zimmermann (SP) legt dar, seine Fraktion stehe zur Polizei. Das Thema sei wichtig. Auch seine Fraktion halte die Vorlage für zu dünn. Vom obersten Gremium erwarte sie etwas

gut Durchdachtes und nicht nur eine Mini-Variante, die besage, dass alles bleiben solle, wie es sei. Seine Fraktion wolle etwas Konzeptionelles vom Stadtrat hören. Er sei der Ansicht, dass nicht das Parlament diese Arbeit durch eine Kommission ausführen solle, sondern dass die Fachleute der Verwaltung dafür zuständig seien. Die SP-Fraktion meine, dass das Konzept ungenügend sei und zurückgewiesen werden müsse.

Paul Finkbeiner (SVP) erinnert daran, dass der Einwohnerrat die betreffenden Budgetposten gestrichen habe. Sein Herz schlage für die Variante Kapo, den Einkauf der gemeindepolizeilichen Aufgaben bei der Kantonspolizei. Davon habe man bis heute nicht gesprochen. Er stehe auch zu einer Polizei, befinde sich aber auf Kriegsfuss mit der Stadtpolizei. Er sei der Meinung, dass man keine Spezialkommission zur Behandlung dieses Themas brauche. Über eine allfällige Rückweisung des Geschäfts hätten die Mitglieder seiner Fraktion nicht diskutiert.

Astrid Basler (GL) teilt mit, die Grüne Fraktion spreche sich auch für die Rückweisung aus.

Sabine Ammann (CVP/EVP/GLP) fügt hinzu, ihre Fraktion sei ebenfalls für die Rückweisung des Geschäfts.

Daniel Spinnler (FDP) informiert, er ziehe in diesem Fall seinen Antrag, eine Spezialkommission zu gründen, zurück.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) gibt bekannt, er lasse nun über die Rückweisung des Geschäfts abstimmen.

://: Der Bericht des Stadtrats zum Postulat betreffend langfristige Ausrichtung der Stadtpolizei Liestal wird grossmehrheitlich bei einer Enthaltung an den Stadtrat zurückgewiesen.

34 F.3.4.2. Finanzverwaltung, Disposition: Guthaben der Gemeinde

13. Bericht des Stadtrats betreffend Erneuerung Darlehensvertrag zwischen der Stadt Liestal und der Parkhaus Bücheli AG (Nr. 2008/14)

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht zusammenfassend folgendermassen:

Die Rückzahlungsfrist des vom Einwohnerrat bewilligten, zinslosen Darlehens an die Parkhaus Bücheli AG im Betrag von CHF 650'000.- lief per 31. Dezember 1998 aus. Seither bestand keine vertragliche Rückzahlungsvereinbarung mehr. Dieser Zustand wird nun durch einen neuen Darlehensvertrag beseitigt.
Das Darlehen bleibt weiterhin zinslos. Die Darlehensdauer beträgt zehn Jahre. Neu sollen jährlich mindestens CHF 50'000.- zurückbezahlt (amortisiert) werden. Im Fall des Verkaufs des Parkinggebäudes Bücheli durch die Parkhaus Bücheli AG (z.B. im Zusammenhang mit dem Manor-Projekt) wird das ganze noch ausstehende Darlehen unmittelbar zur Rückzahlung fällig.

Der Antrag des Stadtrats lautet:

Der Einwohnerrat genehmigt den Darlehensvertrag.

Stadtrat Peter Rohrbach informiert, die Rückzahlung des Darlehens habe nichts mit der Einwohnerkasse zu tun. Die Revisionsfirma ROD habe diese Lücke festgestellt. Er wäre froh, wenn man diese Sache heute bereinigen würde. Wenn die Stadt die CHF 650'000.- bis Ende Jahr nicht geltend mache, würden sie verfallen.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) führt aus, man könne den neuen Vertrag als Goal kurz vor dem Abpfiff bezeichnen. Die Stadt habe die ganze Spieldauer verschlafen, trotzdem nehme die Sache ein glückliches Ende. Das Ganze sei aber eine ernste Sache. Dass das Guthaben erst jetzt eingetrieben werde, sei als gravierende Fehlleistung zu bezeichnen. Man müsse sich fragen, ob es weitere Risikopapiere gebe. Wie diese Fehlleistung mit dem Qualitätszertifikat der Stadt Liestal zu vereinbaren sei, wage man kaum zu fragen. Seine Fraktion stimme dem Antrag mit einem unguten Gefühl zu.

Heinz Lerf (FDP) teilt mit, die FDP-Fraktion sei froh, dass dieser bald zehnjährige vertragslose Zustand beendet werde. Man sehe, was ein Treuhänder, der so etwas aufdecke, wert sein könne. Das Darlehen sei zinslos gegeben worden. Es handle sich um einen relativ hohen Betrag. Die Höhe der jährlichen Amortisation sei angemessen. Seine Fraktion stimme dem Antrag einstimmig zu.

Hanspeter Stoll (SP) meint, der Rat komme nicht darum herum, dem Anliegen stattzugeben. Auch in der SP-Fraktion habe man den Kopf geschüttelt. Er hoffe, dass nicht noch weitere ähnliche Dinge im Keller liegen würden.

Dieter Epple (SVP) äussert, alles Wichtige sei gesagt. Die SVP-Fraktion unterstütze den Antrag.

://: Der Darlehensvertrag wird einstimmig genehmigt.

35 S.2.5.2. Strassenunterhalt, Werkdienst: Fahrzeug- und Maschinenpark, Werkzeuge, Ausrüstung, Lokalitäten, Baumaterialien

14. Bericht des Stadtrats betreffend Freigabe des Kredits für den Ersatz eines Lastwagens (Nr. 2008/18)

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht zusammenfassend folgendermassen:

Die Stadt Liestal besitzt zurzeit zwei Lastwagen. Für den ersten Lastwagen, Marke Saurer, erfolgte die Inverkehrssetzung 1983, für den zweiten, Marke Iveco, 1987. Beide Lastwagen gelangen an das Ende ihrer technischen Lebensdauer mit zunehmenden Reparaturkosten, sie erfüllen auch längst nicht mehr die heutigen EURO-Abgasnormen. Aufgrund der heutigen Organisation und den damit verbundenen Aufträgen wird inskünftig nur noch ein Lastwagen benötigt.
Die Betriebe haben drei Fahrzeuge evaluiert und schlagen die Anschaffung eines Lastwagens der Firma MAN (TGM 18.330 4*4 BB, Euro-5-Norm und Partikelfilter) mit einem Dreiseitenkipper und den notwendigen An- und Umbauten für den Schneepflug vor.

Die Anträge des Stadtrats lauten:

1. Der Einwohnerrat gibt den Kredit von CHF 240'000.- zulasten des Investitionskontos 620.506.10 (2009) für die Beschaffung eines neuen Lastwagens frei.
2. Der Einwohnerrat stimmt folgenden Anschaffungen zu: 2a) MAN TGM 18.330 Allrad 4*4 BB für CHF 144'900.- exkl. MwSt.; 2b) Dreiseitenkipper (Firma Moser AG) für CHF 48'830.- exkl. MwSt.; 2c) An- und Umbauten für Schneepflug (Firma Zaugg) für CHF 32'000.- exkl. MwSt.

Jürg Holinger (GL) teilt mit, die Grüne Fraktion habe verschiedene Fragen zum vorgeschlagenen Fahrzeug, etwa zur Grösse und zur Häufigkeit des Einsatzes. Statt sich hier mit Details auseinanderzusetzen, könne eine Kommission diese Fragen zügig diskutieren. Er stelle den Antrag auf Überweisung des Geschäfts an die Bau- und Planungskommission.

Ernst Burkhardt (SP) hält fest, bei den Betrieben der Stadt könne man von einer Oldtimer-Zucht sprechen. Die Betriebe hätten zwei Lastwagen, die viel zu wenig benützt worden seien. Für jeden gefahrenen Kilometer habe die Stadt vier Franken Reparaturkosten bezahlt. Diese Fahrzeuge stünden mehrheitlich herum. Man müsse einmal untersuchen, was es heissen würde, ein Auto auf wirtschaftliche Weise zu nutzen. Von ihm aus könne man die Vorlage in der BPK behandeln.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, die Anschaffung eines Lastwagens gehöre in das operative Tagesgeschäft und nicht in den Einwohnerrat. Die Betriebe sollten anschaffen, was sie benötigen würden.

Matthias Zimmermann (SP) sagt, er schliesse sich Gerhard Schafroth an. Er bitte um Direktberatung und darum, ohne viel Gerede Ja zu diesem Geschäft zu sagen.

Hans Brodbeck (FDP) äussert, seine Fraktion befürworte ebenfalls die Direktberatung.

Paul Pfaff (SVP) fügt hinzu, auch die SVP-Fraktion sei für Direktberatung. Es brauche ein solches Fahrzeug als Grundausrüstung für den Werkhof.

Ernst Burkhardt (SP) bemerkt, offenbar habe die Stadt Gespräche mit anderen Gemeinden zum Thema gemeinsame Nutzung von Gerätschaften und Fahrzeugen geführt. In der Vorlage stehe, man sei teilweise auf Offenheit gestossen. Er meine, entweder sei man offen oder nicht, und Liestal sei dafür eben nicht offen. Es gebe Möglichkeiten zu solchen gemeinsamen Nutzungen, aber er sei diesbezüglich ein Rufer in der Wüste.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) unterstreicht, der vorgeschlagene Lastwagen sei für die Schneeräumung wichtig. Wenn man über gemeinsame Nutzung rede, so müsse man bedenken, dass es in der Regel in den Gemeinden ringsumher auch schneie, wenn es in Liestal schneie. Über dieses Thema bei diesem Lastwagen zu diskutieren, sei deshalb müssig.

://: Die Überweisung der Vorlage an die BPK wird grossmehrheitlich abgelehnt.

://: Der Kredit von CHF 240'000.- für die Beschaffung eines neuen Lastwagens wird grossmehrheitlich bei einer Enthaltung genehmigt.

://: Die Anschaffung eines Lastwagens der Firma MAN inklusive Dreiseitenkipper und An- und Umbauten für einen Schneepflug wird grossmehrheitlich bei einer Enthaltung genehmigt.

Stadträtin Marion Schafroth stellt fest, ihr habe noch keine Fahrzeuganschaffung so viel Spass gemacht wie diese.

36 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

16. Fragestunde

1. Frage, Jürg Holinger (GL): Auf der Parzelle Ecke Floraweg/Sodweg wurde auf einer dem Kanton gehörenden Parzelle der Vorgarten zu Gunsten von Parkplätzen aufgehoben. Die Parzelle befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Parkplatz vor der Kantonsbibliothek und dem Parkhaus der Kantonalbank. In der Beantwortung von Vorstössen im Einwohnerrat zum Thema Parkplätze des Kantons hat der Stadtrat zugesichert, dass die Erstellung von Parkplätzen durch den Kanton in Zukunft durch die Stadt kritisch hinterfragt oder abgelehnt werde. Wie beurteilt der Stadtrat die Erstellung von Parkplätzen an dieser Stelle durch den Kanton? Ist die Erstellung der Parkplätze zonenkonform und wurde ein Baugesuch eingereicht?

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, die besagte Fläche sei durch die vorbereitenden Werkleitungsarbeiten für den Neubau der Basellandschaftlichen Kantonalbank entstanden. Durch die Verschiebung des Baubeginns der Kantonalbank um ein Jahr werde diese Fläche als Parkplatz zwischengenutzt. Es handle sich also um einen Bauinstallations- und nicht um einen Parkplatz. Von der Erstellung von Parkplätzen könne nicht die Rede sein.

2. Frage, Jürg Holinger (GL): Die auf dem ehemaligen Brodtbeck-Areal erstellten Parkplätze sind auf Grund einer bis 31.12.2008 befristeten Baubewilligung erstellt worden. Dies wurde in der Beantwortung einer Interpellation von Esther Maag im Landrat durch den Regierungsrat bestätigt. In der Beantwortung einer Interpellation im Einwohnerrat (Sitzung vom 22.9.2004) hat Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, dass ihm nicht wohl sei bei der Sache und dass man Ende 2008 dem Kanton einige Fragen stellen werde. Wie verlaufen die Verhandlungen mit dem Kanton? Ist mit einer baldigen Aufhebung der provisorischen Parkplätze zu rechnen?

Stadtrat Ruedi Riesen erwidert, die Stadt sei an einer effizienten Abwicklung der H2-Baustelle in Liestal sehr interessiert. Das Aufrechthalten der provisorischen Parkplätze sei eine der Voraussetzungen dazu. Deshalb sei die Stadt einverstanden mit einer Verlängerung dieser Baubewilligung bis Ende 2011.

3. Frage, Astrid Basler (GL): Wie wurde die Bevölkerung über das neue Konzept der Buslinien Lausen-Liestal-Munzach informiert? Wurde über das neue Fahrplanverfahren im „Liestal aktuell“ informiert? Wäre eine Information über die Homepage betreffend zusätzliche und nicht mehr mögliche Angebote wünschenswert? Könnte eine solche Information auf der Homepage aufgeschaltet werden?

Stadtrat Ruedi Riesen sagt, der Stadtrat nehme dazu wie folgt Stellung: Betreffend Neukonzept Regionalbus Liestal seien zwei Schwachstellen zu benennen. Einerseits solle die Linie 78 imperativ bis nach Frenkendorf-Dorf geführt werden, ansonsten keine Busverbindung von Frenkendorf-Dorf nach Liestal existiere. Anderseits bestehe keine direkte Linie Füllinsdorf - Liestal. Diese Verbindung sei nur durch Umsteigen auf die Buslinie 80 gewährleistet, welche von Basel her kommend keinen stabilen und verlässlichen Fahrplan aufweise. Dadurch werde die Kundenzufriedenheit betroffen und die Attraktivität dieser Verbindung in Frage gestellt. Deshalb sei zuhanden der Fahrplankonferenz gefordert worden, dass das Konzept in diesen Punkten zu überarbeiten sei, bevor ein Probebetrieb eingeführt werde.

4. Frage, Astrid Basler (GL): Im Stedtli stehen vermehrt den ganzen Tag parkierte Autos auf der rechten Seite der Rathausstrasse. Am Nachmittag ist es aber nicht gestattet, dort zu parkieren. Wie verhält sich die Stadtpolizei? Wurden im Jahr 2008 wegen Missachtung der Parkierungsverbote Parkbussen ausgesprochen, und wie viele?

Stadtpräsidentin Regula Gysin erläutert, die Rathausstrasse befinde sich in der Begegnungszone, was bedeute, dass Fahrzeuge nur an den durch Signale oder Markierungen gekennzeichneten Stellen parkiert werden dürften. Hingegen sei ein Güterumschlag gestattet. Erschwerend komme hinzu, dass die Rathausstrasse mit einem Fahrverbot für Motorwagen, Motorräder und Motorfahrräder, ausgenommen Zubringerdienst von Montag bis Freitag 05:00 bis 12.00 Uhr und Samstag 05:00 bis 09.00 Uhr, belegt sei. Das Parkverbot werde immer wieder durch Handwerker und Geschäftsinhaber der Rathausstrasse missachtet. Nach anfänglichen Kontrollen und Verwarnungen mittels Steckzettel habe die Stadtpolizei begonnen, die fehlbaren Autolenker zu büssen. Durch den personellen Engpass hätten die Kontrollen nicht so spürbar wie gewünscht durchgeführt werden können.

5. Frage: Peter Furrer (CVP/EVP/GLP): Im „Liestal aktuell“ wurde mitgeteilt, dass bei der Grünabfuhr nur noch Behälter ab 140 Liter und im Jahresabo abgeführt werden. Welches sind die Gründe für diesen Entscheid und auf welche Art können künftig kleinere Mengen entsprechend dem Verursacherprinzip entsorgt werden?

Stadträtin Marion Schafroth hat diese Frage bereits eingangs der Sitzung anhand der beiden dringlichen Interpellationen beantwortet.

6. Frage: Peter Furrer (CVP/EVP/GLP): Bei der Kreditvorlage zum Kunstrasenplatz wurde versprochen, dass nicht nur die Fussballer von der Sportförderung profitieren sollen. Da auf der Finnenbahn zu gewissen Zeiten ein Gedränge herrscht, würde eine Verlängerung diese benutzerfreundlicher machen. Ist der Stadtrat bereit, eine Verlängerung der Finnenbahn, z.B. rund um das Kunstrasenfeld, ins Jahresprogramm aufzunehmen?

Stadtrat Lukas Ott teilt mit, die Verantwortlichen der Betriebe würden eine Verlängerung der Finnenbahn prüfen.

7. Frage, Regina Vogt (FDP): Kann der Stadtrat sich vorstellen, dass der traditionelle Flohmarkt standortmässig seinen Markt-Platz in folgendem Sinne optimieren könnte, nämlich dass die Einfahrt via Rumpel auch an diesen Samstagen den Zugang zum Stedtli gewährleisten würde? In meinen Augen wäre dies eine vernünftige und machbare Sache, und sicher auch ganz im Sinne der Liestaler Detaillisten im Stedtli.

Stadtpräsidentin Regula Gysin führt aus, der Standort des Flohmarktes sei bereits im Stadtrat ein Thema und es habe nie ein geeigneterer Platz als der Zeughausplatz gefunden werden können. Im Weiteren sei festzuhalten, dass die Zufahrt ins Stedtli an den Samstagen, an denen der Flohmarkt stattfinde, via Rathausstrasse - Rosengasse gewährleistet sei. Dies sei an diesen Samstagen auch so signalisiert bzw. das Fahrverbot werde bis zur Rosengasse ausser Kraft gesetzt.

8. Frage, Sabine Ammann (CVP/EVP/GLP): Bei der Neugestaltung der Allee ist davon die Rede, die Böschung mit einer Arena zu ersetzen. Gibt es auf dem Platz davor wieder Spielinstrumente für Kinder, und wenn ja: Wäre es möglich, bei der Planung ein Element des Spielplatzes in die Arena zu integrieren, wie z.B. eine Rutschbahn?

Stadtrat Ruedi Riesen meint, dies sei eine gute Idee. Es werde sicher wieder einen Spielplatz geben. Vorerst müsse aber die Sicherung der Finanzierung der Neugestaltung der Allee mit der Zustimmung zum Voranschlag 09 vorliegen.
9. Frage, Sabine Ammann (CVP/EVP/GLP): Wenn momentan ein Auto beim Gericht parkieren oder zur Post fahren will, wird es wegen der Einbahnstrasse gezwungen, über die Post-

strasse wegzufahren. Gäbe es nicht eine Variante, den Verkehr in einer Schlaufe um die Nelson-Pub-Insel herum und vom Bahnhof wieder zur Rheinstrasse zu führen, um den unnötigen Verkehr über die Baustelle zu verhindern?

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, diese Situation müsse man gut anschauen, es entstehe dort tatsächlich viel unnötiger Verkehr. Vorläufig könne man aber nichts ändern. Aufgrund der engen Platzverhältnisse sei eine Führung des Privatverkehrs über den Bahnhofplatz nicht möglich. Der Platz bleibe den Autobussen und den Fahrgästen vorbehalten. Mittelfristig sei aber der Gegenverkehr auf der Bahnhofstrasse vorgesehen. Dazu sei jedoch die Umsetzung des Quartierplans 2 des Bahnhofareals nötig, weil erst dadurch die nötigen Flächen und Strassenbreiten entstehen würden.

10. Frage, Sabine Ammann (CVP/EVP/GLP): Der Brunnmattspielplatz weist durch seine weiten Flächen auf Rasen und Hartplatz sowie durch seinen Altbaumbestand Qualitäten auf, die unersetzlich und sonst auf keinem andern Spielplatz in Liestal zu finden sind. Der Spielplatz ist jedoch etwas veraltet und dürftig mit Spielinstrumenten ausgestattet. Ist es möglich, den Spielplatz etwas zu erneuern und aufzuwerten?

Stadträtin Marion Schafroth informiert, momentan bearbeite die Stadt ein Projekt für den Langhagspielplatz, der das Ziel habe, diesen aufzuwerten. Mit den Erkenntnissen aus diesem Projekt werde auch der Brunnmattspielplatz verbessert, voraussichtlich 2009.

11. Frage, Hans Brodbeck (FDP): Die Fahrzeuglenker aus dem Bereich Schwieri haben längere Fahrten durch Langsamstrecken hinter sich und beschleunigen in Richtung Bücheli und Engel. Dadurch wird das Risiko für Fussgänger und Velofahrer, trotz weniger Verkehr, nicht kleiner. Ist sich der Stadtrat dessen bewusst, und sind Massnahmen vorgesehen?

Stadtrat Ruedi Riesen legt dar, die Fahrzeuglenker seien es gewohnt, zwischen den unterschiedlichen Tempolimiten zu differenzieren und entsprechend ihre Geschwindigkeit anzupassen. Der Bereich Schwieri sei diesbezüglich kein Sonderfall und deshalb seien auch keine Massnahmen vorgesehen.

12. Frage, Hans Brodbeck (FDP): Bei der Grünabfuhr wird eine neue Kostenstruktur eingeführt. Anstelle des Verursacherprinzips gilt neu eine nach Containergrösse gestaffelte Jahrespauschale; doch beklagen viele Besitzer von Containern, dass sie für eine wöchentliche Entleerung einen zu grossen Container hätten und in der Folge zu hohe Kosten. Frage: Können zu grosse Container gratis umgetauscht werden, um deren Volumen der wöchentlichen Leerung anzupassen?

Stadträtin Marion Schafroth hat diese Frage bereits eingangs der Sitzung anhand der beiden dringlichen Interpellationen beantwortet.

13. Frage, Margrit Siegrist (SVP): Wie der Presse zu entnehmen war, verschiebt die Kantonalbank den Baubeginn auf Frühling 2009. Im Einflussbereich stehen die Projekte des Neubaus Oristalbrücke, des Busbahnhofs und des Soodwegs. Gerade die schmale Oristalbrücke bildet zurzeit einen Flaschenhals für den öffentlichen wie auch den privaten Verkehr am Bahnhof. Könnte der Baubeginn der Oristalbrücke - losgelöst vom Neubau Kantonalbank - vorgezogen werden?

Stadtrat Ruedi Riesen gibt bekannt, bautechnisch sei das nicht möglich. Die koordinierte Planung sehe den Bau der Brücke nach dem Neubau der Kantonalbank vor. Dies lasse sich

aufgrund der diversen und komplexen Randbedingungen nicht einfach ändern. Mit der Verschiebung des Baustarts der BLKB um ein Jahr verschiebe sich somit auch der Baubeginn aller öffentlichen Bauwerke (Brücke, Bushof, Emma Herwegh-Platz) um ein Jahr.

14. Frage, Margrit Siegrist (SVP): Vor einem Jahr genehmigte der Einwohnerrat einstimmig den Quartierplan Manor. Wie ist der aktuelle Projektstand?

15. Frage, Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP): Ich werde immer wieder auf das Manor-Projekt angesprochen. Wie ist der Stand zurzeit?

16. Frage, Pascal Porchet (FDP): Wie ist der Stand der Verhandlungen zum Manor-Projekt?

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet auf die 14., 15. und 16. Frage, bekannt sei Folgendes: Die Sicherung des Grundeigentums sei auf gutem Weg; die Überarbeitung des Baukörpers sei im Gange (z.B. die Fassadengestaltung); Manor sei daran, den Innenausbau zu konzipieren; 2009 erfolge die Eingabe des Baugesuchs.

17. Frage, Regula Nebiker (SP): Im Langhagquartier wurden 2003 Unterschriften für die Einführung von Tempo 30 gesammelt. Das war der Auslöser für die Entwicklung des Gesamtkonzepts für eine stufenweise, flächendeckende Einführung von Tempo 30 in allen Wohnquartieren - was von einer breiten Bevölkerung sehr begrüsst und von vielen mit Ungeduld erwartet wurde. Wie wir alle wissen, hat sich die Umsetzung aus verschiedenen Gründen in die Länge gezogen. Besonders die Bevölkerung im Langhagquartier - gerade dort, wo ein ausgewiesener Bedarf der Bewohner vorliegt - ist nun schon sehr lange vertröstet worden. Zuletzt wurde die Einführung auf „nach den Sommerferien“ (August 08) versprochen. Inzwischen ist fast November und es ist noch immer nichts geschehen. Was sind die Gründe für diese Verzögerung bei der Einführung von Tempo 30 im Langhagquartier?

Stadtrat Ruedi Riesen berichtet, das Langhagquartier sei aus Sicht der Bewilligungsbehörde sehr komplex und mit diversen speziellen Problemkreisen behaftet. Deshalb habe sich die Bewilligung verzögert. Für die Stadt sei das sehr ärgerlich. Er sei nicht bereit, noch länger zu warten. Das Stadtbauamt werde mit der Umsetzung nun umgehend beginnen.

18. Frage, Hans Ruedi Schafroth (SVP): Obwohl die Plakate für die 1. August-Feier auf Sichtern sowie auch für die Waldbegehung der Bürgergemeinde gemäss Vereinbarung fristgerecht auf der Stadtverwaltung zum Aufhängen abgegeben wurden, sind sie nicht aufgehängt worden. Gemäss Nachfrage bei anderen Auftraggebern sind das offenbar keine Einzelfälle. Wo liegt das Problem und wie wird es gelöst?

Stadtpräsidentin Regula Gysin führt aus, man sei diesbezüglich an der Arbeit. Die Verwaltung setze Fristen, die eingehalten werden müssten. Das Problem habe auch mit der Plakatgesellschaft zu tun.

19. Frage, Hans Ruedi Schafroth (SVP): Die Pausenglocke im Gestadeckschulhaus läutet zum Ärgernis der Anwohner auch an den schulfreien Wochenenden sowie auch während der Ferienzeit. Kann die unnötige und störende Läuterei in der schulfreien Zeit nicht abgestellt werden?

Stadtrat Lukas Ott sagt, er nehme dieses Anliegen mit.

Astrid Basler (GL) hält fest, ihre Interpellation betreffend Parkplätze unmittelbar vor dem Stedtli (Nr. 2008/21) enthalte persönliche Fragen und nicht diejenigen der Grünen Fraktion.

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Franz Kaufmann

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon